Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. “Dann säße er auf beiden Seiten des Tisches”
2. Bundesrepublik Sparta
3. Gravierende Einschränkungen der Bürgerrechte: Willkürmaßnahmen und Staatsschutz nach Gutdünken
4. „Wer internationale Gerichte zitiert, gilt als Israel-Feind“ – im Gespräch mit Kristin Helberg
5. Appetit auf mehr
6. „Rangliste der Pressefreiheit“: Repressionen gegen regierungskritische Medien erneut kein Thema
7. Kritik an Drosten-Forderung nach „Qualitätssicherung“ für Journalismus
8. Dringende Warnung, Deutschland: Eure akademische Selbstzufriedenheit wurde durchbrochen
9. Gehaltsdeckel gegen rechts?
10. Ex-Hammerwerferin Silvia Salis: Genuas Bürgermeisterin wird zur Anti-Meloni der italienischen Linken
11. Von Peter Thiel bis Sebastian Kurz: Das Polit-Netzwerk aus Tech, Geld und Überwachungsstaat
12. 12 Denkfabriken, 30 Studien – ein Auftrag: Wie Washington den Plan zur China-Einhegung schrieb
13. Cum-Ex-Skandal: “Man ist wie im Rausch”
14. Labor Spiez: Wessen Auftrag, wessen Kontrolle?
15. Selektiver Edelmut

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht*

für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **“Dann säße er auf beiden Seiten des Tisches”**
   “Wenn wir Russland das Recht geben würden, in unserem Namen einen Verhandlungsführer zu benennen, wäre das nicht sehr klug”, sagte die EU-Chefdiplomatin Kaja Kallas am Rande eines Außenministertreffens in Brüssel. Schröder sei hochrangiger Lobbyist für russische Staatsunternehmen gewesen. Daher sei klar, warum Putin ihn haben wolle: “Dann säße er gewissermaßen auf beiden Seiten des Tisches”, sagte Kallas.
   Quelle: tagesschau

   Anmerkung André Tautenhahn: *Sie könnten ja auch jemand anderen nehmen, was Putin übrigens ebenfalls vorschlug. Aber da kommt nichts. Die EU ist auf Diplomatie gar nicht eingestellt. An einem Popanz abarbeiten, geht allerdings immer, man scheint geradezu dankbar dafür zu sein.*

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Aber wenn Schröder abgelehnt wird, muss die EU doch wenigstens einen Gegenvorschlag machen. Stattdessen das übliche Gefasel, “Putin sei bislang nicht wirklich an Friedensgesprächen interessiert”, nachdem Putin solche Gespräche mit einem ernst zu nehmenden Vermittler soeben vorgeschlagen hat. Die EU behält sich das Recht vor, die Auswahlentscheidung über einen Verhandler zu treffen, nachdem sie eben dieses Recht Putin abgesprochen hat; und betrachtet sich nebenbei als potentieller Verhandlungspartner im Ukrainekrieg, obwohl doch angeblich gar nicht am Krieg beteiligt. Mit jedem Wort geben die EU-ler unbewusst zu, dass in der Ukraine ein Stellvertreterkrieg zwischen der EU und Russland geführt wird und die Ukraine zwar gerne als militärisches Testfeld und Lieferant für Kanonenfutter gesehen wird, aber im Konflikt zwischen den “Weltmächten” eigentlich nichts zu sagen hat, sondern über ihre Köpfe entschieden wird.*

2. **Bundesrepublik Sparta**
   Deutsche Rüstungsstrategen legen unter dem Titel „Sparta 2.0“ ein Konzeptpapier für eine von den USA unabhängige Aufrüstung Deutschlands und Europas vor. Wie die Autoren des Papiers konstatieren, ist aktuell „kein europäischer Kampfeinsatz“ ohne „Software oder Systeme“ aus den Vereinigten Staaten sowie die entsprechende Freigabe durch Washington denkbar. Aus der Abhängigkeit könnten die europäischen Staaten aber in wenigen Jahren entkommen, heißt es in dem Papier; erforderlich seien neben dem politischen Willen Mittel im Wert von 500 Milliarden Euro im ersten

Jahrzehnt. Das sei finanzierbar, urteilen die Autoren. Sie identifizieren insbesondere zehn „Fähigkeitslücken“, darunter einige wie etwa die Massenproduktion von Drohnen und der Aufbau von Satellitenkonstellationen, an denen deutsche Unternehmen bereits arbeiten. Der Weg zur „Verteidigungsautonomie“ Europas gehe über „den Einsatz der finanziellen und industriellen Ressourcen Deutschlands“, stellen die Autoren fest. Sie verkörpern die immer engere Verflechtung der deutschen Politik sowie ihrer Denkfabriken mit Rüstungsunternehmen. Besonders intensive Verquickungen bestehen zur boomenden Drohnenindustrie.
Quelle: German Foreign Policy

3. **Gravierende Einschränkungen der Bürgerrechte: Willkürmaßnahmen und Staatsschutz nach Gutdünken**
   Deutschland soll »kriegstüchtig« werden, und die Berliner Regierung hat astronomische Ausgaben für die Aufrüstung bereitgestellt. Denn angeblich will Russland nach der Ukraine Westeuropa erobern, auch wenn es dafür keinerlei Belege gibt und Putin solche Absichten niemals geäußert hat. Trotzdem wird in einem Maße hochgerüstet, dass inzwischen ein dritter Weltkrieg nicht mehr auszuschließen ist. Dennoch gibt es kaum Widerstand gegen diese destruktive Politik, ebenso wenig gegen die übermäßige Reglementierung, Digitalisierung und Überwachung, den Weg Deutschlands in den Totalitarismus.
   Quelle: Wolfgang Bittner auf Hintergrund
4. **„Wer internationale Gerichte zitiert, gilt als Israel-Feind“ – im Gespräch mit Kristin Helberg**
   Der Diskurs zu Israel-Palästina sei in Deutschland so verrutscht, dass Analysten als „Hamas-Versteher“ diskreditiert würden, erklärt Kristin Helberg. Die Journalistin und Westasien-Expertin sieht sich aktuell erneut medialen Angriffen ausgesetzt. Im Gespräch mit etos.media-Redakteur Jakob Reimann spricht sie über die von ihr mitgegründete Initiative Zeit zu reden, verengte Debattenräume, die Rolle der deutschen Staatsräson und die Strategien hinter der Diffamierung.
   Quelle: etos.media

dazu auch: **Meinungsfreiheit in Deutschland: Ein gefährlicher Gesetzentwurf**
Hessen will es strafbar machen, das Existenzrecht Israels zu leugnen. Dabei ist schon die Behauptung, Staaten hätten ein Existenzrecht, sehr fragwürdig.
Die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson zu erklären, wie es Angela Merkel als Bundeskanzlerin getan hat, ist das eine: Das ist ein politisches Postulat, das man auf unterschiedliche Weise auslegen kann. Es ist etwas völlig anderes, Israels „Existenzrecht“ außerhalb jeder Debatte stellen und jeden bestrafen zu wollen, der dazu eine andere Meinung hat. Genau das aber will die hessische Landesregierung mit

einem Gesetzentwurf, für den sie im Bundesrat jetzt eine Mehrheit sucht.
Hatte die Sowjetunion ein Existenzrecht? Oder die DDR? Nein, denn im Völkerrecht gibt es kein „Existenzrecht“, das Staaten eine Bestandsgarantie einräumt. Grenzen können sich ändern, Staaten verschwinden.
Quelle: taz

5. **Appetit auf mehr**
Finale der »Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland«: In Berlin arbeiten verschiedene Akteure beharrlich an der Vorbereitung einer Umgestaltung der sowjetischen Ehrenmale.
Wohin die Reise geht, war dem Programm einer Konferenz zu entnehmen, die am 26. März im Museum Berlin-Karlshorst stattfand – gemeinsam bestritten von dem Museum, dem Ukrainischen Institut und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Unter dem vielsagenden Titel »Fremdes Gedenken – eigene Verantwortung?« ging es an diesem Tag um »sowjetische Ehrenmale und deutsche Erinnerungskultur«, wobei sich das einleitende Panel bezeichnenderweise mit der »Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland« befasste. Erst danach wurde über den »Umgang mit Ehrenmalen und Friedhöfen« diskutiert. An dem Ort, an dem am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation Nazideutschlands unterzeichnet wurde, kommt die strukturell in allererster Linie antikommunistische »deutsche Erinnerungskultur« auf eigentümliche Weise zu sich selbst. Deutlicher kann nicht demonstriert werden, dass der angestrebte neue Umgang mit den Ehrenmalen als eine Art Abschluss der erinnerungspolitischen Auseinandersetzung mit dem »Kommunismus in Deutschland« verstanden wird.
Quelle: junge Welt

dazu: **Geheimtagung im Museum Karlshorst erklärt sowjetische Siegesehrung zum „fremden Gedenken“**
Bei einer Fachkonferenz im Museum Karlshorst tauschten die Experten für „Aufarbeitung“ Ideen aus, wie man sowjetische Ehrenmale gemäß der neuen Gedenkpolitik umwidmen könnte. Die ganztägige Tagung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt: Journalisten und Vertretern Rußlands wurde die Teilnahme verweigert. (…)
Es gibt keinen Konsens mehr, das Zeitalter der Erinnerungskriege ist damit eröffnet. Damit war die Idee der nächsten Fachkonferenz offengelegt, die am 26. März im Kapitulationssaal stattfand.
Quelle: Rotfuchs

dazu auch: **Kampfzeichen der Gleichsetzung**

Europa hat einen Weg gefunden, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren. (…)
Doch das Hauptproblem ist nicht die Rehabilitierung des Nationalsozialismus, sondern die Tatsache, dass der Kommunismus zunehmend mit ihm gleichgesetzt wird. Dies führt dazu, dass die UdSSR beziehungsweise Russland mit dem Dritten Reich auf eine Stufe gestellt wird.
Dies nahm seinen Anfang bereits vor dem Jahr 2022: Die vom EU-Parlament im Jahr 2019 verabschiedete Resolution, die der Sowjetunion eine Mitverantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zuschrieb, fiel auf einen bereits vorbereiteten ideologischen Boden. Für die westlichen Alliierten war es stets etwas unbehaglich, dass sie für den Sieg ein Bündnis mit Stalin benötigten. Nun können sie dies aus ihrem historischen Gedächtnis löschen. Einige Jahre später wird diese Resolution von 2019 in den Schulen der Europäischen Union als offizielle Darstellung des Krieges gelten: Die westlichen Demokratien hätten gegen einen totalitären Block gekämpft und unter enormer Kraftanstrengung gesiegt.
Quelle: RT DE

6. **„Rangliste der Pressefreiheit“: Repressionen gegen regierungskritische Medien erneut kein Thema**
   Wie in den Vorjahren werden Repressionen gegen unabhängige Journalisten und regierungskritische Medien von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (RoG) auch in der aktuellen „Rangliste der Pressefreiheit“ nicht thematisiert. Für die Einordnung Deutschlands auf der alljährlich zum Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai veröffentlichten Liste spielen die Sanktionierung des deutschen Journalisten Hüseyin Dogru durch die EU, Angriffe auf die Redaktionen von „Apollo News“ und „Nius“ oder gegen ein Kamera-Team von „Tichys Einblick“, das Vorgehen von Landesmedienanstalten gegen Online-Medien sowie Kontokündigungen bei unabhängigen Journalisten wie zuletzt etwa Ulrich Heyden, Flavio von Witzleben und Aya Velázquez keine Rolle. Für RoG sei die Lage in Deutschland „zufriedenstellend“. Eine Presseanfrage von Multipolar an RoG zu den Hintergründen blieb unbeantwortet. RoG wird unter anderem von der Europäischen Union (EU) finanziert.
   Quelle: Multipolar
7. **Kritik an Drosten-Forderung nach „Qualitätssicherung“ für Journalismus**
   Die Forderung des Virologen und zwischenzeitlichen Regierungsberaters Christian Drosten nach einer „Qualitätssicherung“ für veröffentlichte Informationen und journalistische Erzeugnisse ist auf scharfe Kritik gestoßen. In einem am 29. April erschienenen Doppel-Interview des Magazins der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) hatte sich der Leiter des Instituts für Virologie an der Charité Berlin für eine

„berufsständische Qualitätssicherung“ im Journalismus sowie eine „finanzielle Unterstützung von qualitätsgesicherten Informationsquellen“ ausgesprochen. Hierdurch solle eine „gewollte Filterwirkung“ in der Öffentlichkeit erzielt werden, erklärte Drosten. Gegenüber Multipolar rückte der Internist Matthias Schrappe Drostens Berufung auf eine Informationshoheit des „Experten“ in die Nähe eines „wissenschaftlichen Wahrheitsministeriums“. Der Journalist Norbert Häring warf dem „sehr staatsnahen“ Virologen vor, die „offene Diskussion“ zu scheuen. Der Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler sagte, Drostens Vorstoß widerspreche „der demokratischen Qualitätssicherung, die das Grundgesetz im Sinn hat“.
Quelle: Multipolar

Anmerkung Christian Reimann: *Wenn es nicht so einen ernsthaften Hintergrund hätte, könnte geschmunzelt werden – Herr Drosten fordert „Qualitätssicherung“, liefert jedoch selber lediglich fragwürdige Aussagen und Ergebnisse, die kaum Bezug zu einer positiven Qualität haben. Während ihm in der Sitzung der Corona Enquetekommission des Bundestags vom 1.12.2025 selbst einfache Fragen als sehr oder zu komplex erschienen, scheint er den Bereich des Journalismus mal eben regeln und steuern zu wollen. Die Volksweisheit “Reden ist Silber, Schweigen ist Gold”, kennt der “durch öffentliche Forschungsmittel von der Europäischen Union und neuerdings auch von der Bill Gates Foundation, Bill & Melinda Gates Foundation” Unterstützte offensichtlich nicht.*

8. **Dringende Warnung, Deutschland: Eure akademische Selbstzufriedenheit wurde durchbrochen**
   Deutsche Hochschulen stehen vor einer neuen Art von Herausforderung: einer dezentralen, selbstorganisierten studentischen Bewegung, die institutionelle Komplizenschaft bei israelischen Verbrechen aufdeckt, Traditionen des akademischen Boykotts wiederbelebt und sich dem Stillhalten einer selbstgefälligen Wissenschaft widersetzt. Die Israeli Apartheid Week 2026 hat sowohl die Reichweite dieser Organisation als auch das Ausmaß der Repressionen, denen sie bereits ausgesetzt ist, deutlich gemacht. In ihrem Meinungsbeitrag argumentiert die Wissenschaftlerin Sabine Broeck, dass das, was heute noch marginal erscheint, den Beginn eines tieferen Bruchs innerhalb des deutschen Hochschulsystems markieren könnte.
   Quelle: etos.media
9. **Gehaltsdeckel gegen rechts?**
   Die Forderung nach einer Deckelung der Diäten für Abgeordnete könnte der Linken helfen – und dabei gerade der AfD schaden
   Die AfD bespielt nahezu perfekt den rechtspopulistischen Dualismus zwischen den

kleinen ehrlichen Leuten unten und den korrupten Politikern oben, die sich angeblich nur die Taschen vollstopfen. Diese moralisierende Kritik an den Mächtigen ist nicht völlig aus der Luft gegriffen. Sie verbleibt aber auf der Ebene der Charakterkritik, statt die Ursachen von Armut und Reichtum, von Ausbeutung und Bereicherung, von grundlegend widerstreitenden Interessen zu thematisieren. Nicht das Verhältnis von Kapital und Arbeit, nicht Eigentum und auch nicht die staatliche Absicherung der Wirtschaftsordnung werden sichtbar, wenn der Lichtkegel auf vermeintlich oder tatsächlich gieriges, verräterisches, abgehobenes Verhalten von Politikern fällt. Die rechte Elitenkritik richtet sich nicht gegen Herrschaft und Klassenmacht als solche, sondern zielt darauf, die real existierende Elite durch eine eigene zu ersetzen.
Eine linke Elitenkritik kann Abgehobenheit aufgreifen und in einem linkspopulistischen Sinne auch Selbstbedienungsmentalitäten von Politikern anprangern. Sie sollte aber nicht dabei stehen bleiben, sondern die materiellen und institutionellen Ursachen der Entkopplung von Politikern und Bevölkerung analysieren: das Berufspolitikertum, das Ungleichgewicht des Lobbyismus, die Fallstricke einer rein institutionell-parlamentarischen Aushandlung – und nicht zuletzt Interessenverschiebungen durch veränderte soziale Lagen.
Vor allem der letztgenannte Punkt zeigt, dass es bei dem Gehaltsdeckel nicht nur um Symbolpolitik geht. Er kann auch ein Mittel sein, politische Repräsentanten materiell an die Interessen der breiten Mehrheit zu binden.
Quelle: Über Rechts

10. **Ex-Hammerwerferin Silvia Salis: Genuas Bürgermeisterin wird zur Anti-Meloni der italienischen Linken**
Giorgia Meloni führt in Italien seit 2022 die stabilste Regierung seit Jahrzehnten. Trotz Sozialkürzungen und autoritärer Politik findet die Opposition bislang keinen Hebel gegen die Rechtskoalition von Meloni. Die ehemalige Olympia-Hammerwerferin Silvia Salis zeigte vergangenes Jahr in Genua, der sechstgrößten Stadt Italiens, wie man als unabhängige Kandidatin mit einem Mitte-Links-Bündnis eine rechte Stadtregierung nach acht Jahren ablöst. Jetzt wird die Bürgermeisterin als linke Anti-Meloni gehandelt, die 2027 gegen die Ministerpräsidentin antreten könnte.
Quelle: Kontrast.at
11. **Von Peter Thiel bis Sebastian Kurz: Das Polit-Netzwerk aus Tech, Geld und Überwachungsstaat**
Die Tech-Milliardäre Peter Thiel und Elon Musk finanzieren das autoritäre politische Projekt von Donald Trump und erhalten im Gegenzug Staatsaufträge. High-Tech-Konzerne wie Palantir, Anduril oder die israelische NSO Group übernehmen immer mehr Aufgaben im Sicherheits- und Überwachungssystem des Staates. „Sicherheitspolitik“ bzw. staatliche Überwachung wird von privaten Firmen

übernommen, demokratische Kontrolle wird zurückgedrängt. Dieses Modell ist nicht auf die USA beschränkt, in Europa bildet sich eine ähnliche Struktur. Einer ihrer Akteure ist der ehemalige österreichische Kanzler Sebastian Kurz.
Schon lange spielt die US-Techindustrie eine zentrale Rolle im Staat und in der Militärindustrie.
Quelle: Kontrast.at

12. **12 Denkfabriken, 30 Studien – ein Auftrag: Wie Washington den Plan zur China-Einhegung schrieb**
US-Präsident Donald Trump irritiert mit schnell wechselnden Absichtserklärungen und mit sich sogar widersprechenden Anordnungen und Aussagen. Aber hinter all dem gibt es auch einen Plan, der älter ist und nicht von Donald Trump „erfunden" wurde. Michael Hollister hat eingehend recherchiert und macht die echten Erfinder der US-Strategie sichtbar.
Quelle: Globalbridge
13. **Cum-Ex-Skandal: "Man ist wie im Rausch"**
Ex-Steueranwalt Hanno Berger ist eine Schlüsselfigur im größten deutschen Steuerskandal. Im WDR-Interview gibt er erstmals seit seiner Inhaftierung Einblicke in die Banken-Welt – und äußert sich zum Verbleib von einem Teil der Cum-Ex-Millionen. […]
Cum-Ex gilt als der größte deutsche Steuerskandal. Er wird seit vierzehn Jahren aufgearbeitet. Gegen Cum-Ex-Akteure ermitteln in Deutschland Staatsanwaltschaften in Köln, Frankfurt, München und Stuttgart. Es gibt rund 1.800 Beschuldigte. Bisher wurden lediglich 40 Beschuldigte angeklagt und 24 verurteilt. Berger ist einer der wenigen, der zu einer Haftstrafe verurteilt worden ist. […]
An anderer Stelle gestaltet sich die Aufarbeitung seines Falls weiterhin schwierig. Denn, obwohl Berger zur Einziehung von fast 15 Millionen Euro verurteilt wurde, ist bislang nur ein Bruchteil des Geldes zurückgeflossen. Laut der zuständigen Staatsanwaltschaft Bonn hat man lediglich rund 13.200 Euro zurückgeholt. Außerdem versuche man, zwei Goldmünzen zu verwerten. Die Einziehung bei Berger sei "äußerst komplex", weil die Vermögenswerte im Ausland lägen.
Quelle: tagesschau
14. **Labor Spiez: Wessen Auftrag, wessen Kontrolle?**
Die Schweiz betreibt das erste WHO-Biohub-Labor der Welt – doch das Parlament weiss kaum davon. Legitime Fragen zur demokratischen Legitimation bleiben unbeantwortet.
Am 13. Januar 2026 richteten Christian Oesch, Präsident des Schweizerischen Vereins WIR, und Prof. Dr. Stefan W. Hockertz, Toxikologe und Immunologe, ein formelles Schreiben an alle sieben Mitglieder des Bundesrates. Darin stellen sie grundlegende

verfassungsrechtliche Fragen zur Rolle des Bundeslabors Spiez im WHO-Biohub-System. Eine Antwort mit substanziellem Inhalt ist bis heute ausgeblieben.
Das ist bemerkenswert. Nicht wegen der Absender – der Verein WIR ist kein Akteur des politischen Mainstreams. Sondern wegen der Fragen selbst.
Quelle: Seniora.org

15. **Selektiver Edelmut**
Als 1980 die Olympischen Spiele in Moskau stattfanden, gab es Boykottaufrufe und einen großen Entrüstungsfuror. 2026, im Jahr des Irankriegs, findet niemand etwas dabei, dass in den USA gebolzt wird.
„Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“, schrieb Bertolt Brecht. Nicht so im deutschen Sportbetrieb. Dieser kann geradezu als globales Zentrum moralischer Unbeflecktheit gelten. Da wird bei jeder passenden oder auch unpassenden Gelegenheit für Vielfalt und Völkerverbrüderung geworben, treten Politikerinnen in Katar mit Regenbogen-Armbinden auf, wird zum Boykott gegen so gut wie jeden Austragungsort einer Großsportveranstaltung aufgerufen, der nicht London, Paris oder Barcelona heißt. Denn an allen anderen Flecken der Erde treibt das Böse sein Unwesen, und allen, die hier nicht fernbleiben, drohen moralische Kontamination und Kontaktschuld. Sport ist von einer spannenden Spaßveranstaltung zum Ort performativer Rechtgläubigkeitsbekundungen geworden. Wenn dies wenigstens konsequent geschehen würde, könnten wir ja notfalls damit leben. Warum aber, fragt der Autor in seinem Beitrag, gilt für die WM 2026 in den USA, Kanada und Mexiko nicht, was einst für Veranstaltungen auf russischem Boden galt? Und dies, obwohl eines der genannten Länder noch einen völkerrechtswidrigen, unprovozierten Angriffskrieg am Laufen hat? Wo bleibt die breite Debatte über ein ethisch motiviertes Fernbleiben der Mannen um Julian Nagelsmann? Hat man etwa Angst vor dem missbilligenden Stirnrunzeln des großen Bruders in Übersee? Der DFB ist dabei, eine große Chance zu verspielen, ausnahmsweise einmal etwas Richtiges zu tun.
Quelle: Manova